

## **Protokoll über die Sitzung**

**des Gremiums: Beirat Blumenthal**

**am: 10.06.2013**

**Ort: Aula des Schulzentrums Eggestedter Str.,  
Eggestedter Str. 20, 28779 Bremen**

Beginn: 19.02 Uhr

Ende: 21.54 Uhr

### **Sitzungsteilnehmer:**

#### **Beiratsmitglieder:**

**Heiner Böcker  
Dennis Klingenberg  
Grete Klinkmüller  
Gabriele Kröger-Schurr  
Anke Krohne  
Karen Nieschlag  
Andreas Pfaff  
Alex Schupp  
Ralf Schwarz  
Harald-Christian Sociu  
Helma Stitz  
Gisela Zimmermann**

#### **Es fehlten:**

**Nils Christahl  
Peter Geis  
Sascha Humpe  
Eike Schurr  
Hans-Gerd Thormeier**

#### **Gäste**

**Erhard Wegner, Förderverein CKB e.V.  
Ellen Dielenschneider, Förderverein CKB e. V.  
Wilfried Wojke, Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen  
Uwe Kröger, Leiter Polizeirevier Blumenthal**

**Ortsamtsleiter (OAL) Peter Nowack  
Verwaltungsbeamtin (Protokoll) Heike Rohde**

#### **TOP 1**

##### **Begrüßung und Eröffnung, Genehmigung der Tagesordnung**

OAL Nowack eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig genehmigt und wie folgt abgearbeitet:

**Tagesordnung:**

1. (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung;
2. (19:05 Uhr) Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 13.05.2013
3. (19:10 Uhr) Mitteilungen
  - a. aus dem Ortsamt
  - b. des Beiratssprechers
4. (19:25 Uhr) Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
5. (19:30 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
  - a. Interessengemeinschaft Turnerstraße - Reduzierung der Lärmbelastigung im Bereich der B 74 und der Turnerstraße
6. (19:45 Uhr) Projekt Kinderbauernhof in Blumenthal  
dazu: Vertreter des Fördervereins
7. (20:10 Uhr) Sachstandsbericht Projekt George-Albrecht-Straße  
dazu: Wilfried Woijske, Senatorin für Soziales
8. (21:00 Uhr) Anfragen und Anträge der Parteien
  - a. Grüne – Antrag Bilanz Bürgerstiftung Blumenthal
  - b. Grüne – Anfrage Erreichbarkeit Ortsamt
  - c. Die Linke - Anfrage zum Grundstücksverkauf Tanklager Farge
  - d. CDU - Antrag Tanklager technisches Gutachten erstellen
  - e. CDU - Antrag Tanklager
  - f. CDU - Antrag Tanklagerverkauf
  - g. Die Linke – Antrag zur Müllgebührenerhöhung
  - h. Die Linke – Antrag zum Wegfall der Schulsozialarbeit
  - i. Grüne – Antrag Sondersitzung
  - j. Grüne – Antrag Tanklager
  - k. Grüne – Antrag Bebauung Binnendüne
  - l. Die Linke – Antrag Krebsregister
  - m. Die Linke – Anfrage Krebsregister
  - n. Grüne – Tempo 30 Turnerstraße und Lärmreduzierung
9. (21:30 Uhr) Verschiedenes

**TOP 2: Genehmigung des Protokolls vom 13.05.2013**

Das Protokoll liegt noch nicht vor.

**TOP 3: Mitteilungen**

- a. aus dem Ortsamt
- b. des Beiratssprechers

a.

Herr Nowack teilt folgendes mit:

- Der Bürgerantrag zur Erweiterung des Straßenschildes „Richard-Jung-Straße“ wird derzeit vom Staatsarchiv geprüft.
- Eine Anfrage wegen der namentlichen Benennung der Antragsteller von Bürgeranträgen wurde von der Landesdatenschutzbeauftragten geprüft. Es wurde empfohlen bei den Bürgern nachzufragen, ob sie damit einverstanden sind, dementsprechend wurde auf der Internetseite ein entsprechender Hinweis platziert.
- Vom 17. bis 19. Mai fand „Feuer und Wein“ mit Unterstützung des Beirates statt.  
Die Veranstaltung war trotz des Wetters ein Riesenerfolg.
- Die Gymnastikdamen des Blumenthaler TV haben sich dieses Jahr bei der Deutschen Meisterschaft auf den zweiten Platz geturnt und getanzt. Sie richten dem Beirat herzliche Dankesgrüße aus.
- Die Fußballer von DJK Blumenthal sind souverän Meister der Bezirksliga geworden und steigen in die Landesliga auf.  
Damit ist Blumenthal der einzige Stadtteil in Bremen mit drei Teams in den beiden höchsten Ligen.
- Aus gegebenem Anlass wird noch einmal auf die Regeln hingewiesen, wenn man das Ortsamt im Rathaus Blumenthal besucht.  
Außerhalb der mit dem Jobcenter vereinbarten Öffnungszeiten erreicht man das Ortsamt mit Hilfe der Klingel, die ca. 2 m rechts neben der Tür barrierefrei angebracht wurde.  
Innerhalb der Öffnungszeiten gilt die Regel, dass sich jeder Besucher / jede Besucherin zunächst beim Sicherheitspersonal melden muss. Das Sicherheitspersonal wurde zum Schutz der Jobcenter-Mitarbeiter eingestellt und ist nicht in der Lage, den Unterschied zwischen Kunden des Jobcenters oder des Ortsamtes sofort zweifelsfrei zu erkennen.  
Man wird dort jederzeit zuvorkommend und freundlich behandelt.

Da Herr Sociu aus persönlichen Gründen aus dem Beirat ausscheidet, bedankt sich Herr Nowack bei Herrn Sociu für die geleistete Arbeit und drückt sein Bedauern über dessen Ausscheiden aus.

Zur künftigen Besetzung der Ausschüsse erläutert er die Rechtsauskunft der Senatskanzlei, die besagt, dass die Sitzverteilung nach den abgegebenen Stimmen bei der Wahl erfolgt. Da die Partei „Bürger in Wut“ keine weiteren Sitze errungen hat, sind die Ausschüsse zukünftig mit 6 Beiratsmitgliedern besetzt.

b.

Herr Schupp berichtet aus der Sitzung des Koordinierungsausschusses vom 03.06.2013, dass dort vereinbart wurde, eine Sondersitzung des Beirates am 19. Juni 2013 zur „Kleinräumigen Analyse zur Krebsinzidenz in der Region um das Tanklager Farge“ und eine Einwohnerversammlung zur öffentlichen Beteiligung am Bebauungsplan 1288 „Gewerbegebiet BWK“ und VEP 56 „Umbau Bahnhofsgebäude Blumenthal“ am 25. Juni 2013 abzuhalten.

Herr Pfaff berichtet aus der Sitzung des Nichtständigen Ausschusses für Zentrumsentwicklung am 27.05.2013, dass dort Kritik an der Arbeit der Immobilienstandortmanager geäußert wurde. Weiter gab es eine Übereinkunft mit den Marktbesckickern, dass der Wochenmarkt am Marktplatz bleiben soll sowie Beschlüsse zur Parkplatzsituation an Markttagen und die Forderung, dass das alte Zentrum Sanierungsgebiet werden soll.

#### **TOP 4: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat**

Herr Schwarz erinnert an die noch ausstehende Antwort zum Bürgerantrag zur Strandhalle. Er bittet, daran zu erinnern mit dem Hinweis auf die Wahrung der Bürgerrechte und dementsprechende Bearbeitung von Bürgeranträgen innerhalb angemessener Fristen.

Frau Krohne erinnert ebenfalls an noch ausstehende Antworten zu den Anträgen zum Trinkwasser, zur Algenzucht und zu den Grundwasserverunreinigungen. Außerdem möchte sie wissen, ob bereits ein Gutachten der Firma Proloco zur George-Albrecht-Straße vorliegt. Herr Nowack verweist dazu auf den noch folgenden Bericht von Herrn Woijske. Vorliegende Ergebnisse, auch aus einem in der letzten Woche stattgefundenen Workshop, werden an den Beirat weitergereicht.

Zu den beiden anderen Anträgen liegen noch keine Antworten der Ressorts vor.

Frau Stitz erinnert an den Bürgerantrag mit dem Thema „Essbare Stadt“ und bittet um weitere Veranlassung.

Herr Klingenberg möchte wissen, ob es Neuigkeiten zur Anfrage zum Sportplatz am Pürschweg gebe.

Herr Nowack erwidert, es gebe „indirekte“ Neuigkeiten. Es bestehe kein Interesse an einer Nutzung, insofern seien die Presseberichte zum Thema richtig. Aktuell gibt es eine Nutzung als Bolzplatz durch das Familienzentrum Bockhorn, außerdem gibt es die Vorstellung, den Platz als Hundefreilauffläche zu nutzen. Die stoße jedoch auf Widerstand durch die Nutzer des Familienzentrums, zudem sei dieses Begehren noch nicht an den Beirat herangetragen worden.

Eine endgültige, zukünftige Nutzung des Platzes ist noch nicht bekannt.

#### **TOP 5: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung; Wünsche und Anregungen aus dem Beirat**

##### **a. Interessengemeinschaft Turnerstraße - Reduzierung der Lärmbelästigung im Bereich der B 74 und der Turnerstraße**

Bürger A stellt einen Bürgerantrag mit Fragen zu den Umbauarbeiten am Schulzentrum Lehmhorster Straße.

Bürgerin B zeigt sich enttäuscht über die Aufgabe des Projektes „Algenzucht“. Weiter bittet Sie darum, an die noch nicht erfolgte Sommerpflanzung zu erinnern.

Bürger C beanstandet die Absperrung des Niedergangs an der Lehmburger Barg. Außerdem weist er erneut darauf hin, dass die Treppe zu steil sei und der Nebenraum überwuchert ist.

Frau Pörtner möchte kurz in sachlichen Worten dokumentieren, worum es der Bürgerinitiative Tanklager Farge geht. So sei die Zukunft Bremen-Nords auch abhängig von der Zukunft des Tanklagers und den Kantaminationsverdachtsflächen. Sie informiert über ein geplantes, informelles Treffen zwischen der Bürgerinitiative und dem Beirat am kommenden Donnerstag.

Frau Pörtner bittet um Unterstützung des unter Punkt 8 zu behandelnden Antrags der CDU Fraktion zur Beauftragung eines unabhängigen Sachverständigen, da bei einem Besuch im Tanklager festgestellt wurde, dass es bisher noch keine Begutachtung des „Systems Tanklager“ gegeben habe. Es scheine so, als seien einige Anlagen nicht dynamisiert an aktuelle Rechtsbedingungen angepasst worden.

Bürger D ist Marktbesucher beim Wochenmarkt. Er regt an, eine Brötchentaste für Kurzzeitparker einzuführen und schlägt vor, freitags, wenn Markt ist, die Parkgebühren ganz

zu erlassen.

Herr Nowack verweist dazu auf einen gleichlautenden Beschluss aus der Sitzung des Nichtständigen Ausschusses für Zentrumsentwicklung.

a.

Herr Schmoll erläutert als Sprecher der Anwohnerinitiative Turner Straße den vorliegenden Bürgerantrag und überreicht eine Liste mit 243 Unterschriften der Anwohner.

Herr Schupp erklärt, die SPD Fraktion würde den Bürgerantrag unterstützen, wenn das Wort „BSAG“ aus dem Antrag gestrichen würde.

Bürger E meint dazu, eine Streichung sei nicht sinnvoll und eine Änderung nicht demokratisch, da alle Unterzeichner den vorliegenden Text bewusst unterschrieben hätten. Frau Krohne meint, Bürgeranträge dürften nicht verändert werden und eine Beeinflussung wäre anmaßend.

Herr Nowack erklärt dazu, dass Bürgeranträge an den Beirat gerichtet seien und dieser entscheide, wie damit umgegangen werde. Wenn der Beirat objektiv der Meinung sei, dass eine Änderung nötig sei, sei damit auch die Anregung zur Änderung wichtig.

Herr Schwarz meint, diese Erläuterung sei richtig, da aber so viele Bürger unterschrieben hätten, solle man den Antrag wie vorliegend weiterleiten.

Herr Schupp erläutert die Änderungsideen und die Bedenken bezüglich der Argumentation. Frau Kröger-Schurr unterstützt den Antrag ohne Änderung.

Zum Verständnis der gewünschten Änderungen erklärt Herr Nowack gemäß seinem Beratungsrecht, dass in der Deputationssitzung im April u. a. die Finanzierung und der Ausbau der Turnerstraße einstimmig beschlossen wurden. Dort wurde dann die Bitte vorgebracht, zu prüfen, ob der Zuschuss der Stadtgemeinde zu den Ausbaurkosten erhöht werden könne. Daraufhin habe der Senator zugesagt, dass dies geprüft werde.

Im Ergebnis gab es als einzige Möglichkeit, die Investivmittel aus den Bundeszuschüssen nach dem Regionalisierungsgesetz zu verwenden, da der Zubringerverkehr für den Personennahverkehr bezuschusst werden kann. In diesem Fall seien die Busse der BSAG als Zubringerverkehr zur S-Bahn zu werten. Wenn dies nicht mehr möglich sei, weil dem Bürgerantrag wie vorliegend zugestimmt und damit die Buslinien auf Antrag eingestellt würden, gebe es keine Möglichkeit mehr, an diesen Topf zu kommen. Damit könne dann auch der Kostenanteil der Anwohner nicht mehr gesenkt werden.

Der Änderungsantrag der SPD Fraktion sei daher zum Schutz der Bürger zu verstehen.

Herr Nowack schlägt als Kompromiss vor, den Bürgerantrag durch eine Stellungnahme des Beirats zu ergänzen.

Frau Krohne beantragt das Ende der Debatte und eine Vertagung zum 19.06.2013.

Bürger E erklärt für die Anwohnerinitiative, dass diese mit der vorgeschlagenen Lösung leben könne und keine Verschiebung wünsch.

Herr Nowack formuliert daraufhin folgenden Vorschlag als Stellungnahme des Beirats:

„Der Beirat schlägt vor, die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h nach Beendigung der Baumaßnahme auch auf den Rest der Turnerstraße zwischen Neuenkirchener Weg und Schwaneweder Straße zu erweitern. Es macht wenig Sinn, die ausgebaute Straße mit einer Begrenzung zu belegen und dann auf dem nicht ausgebauten und damit in deutlich schlechterem Zustand befindlichen Teil der Straße, die Geschwindigkeit wieder freizugeben. In Bezug auf die hohe Belastung durch den Busverkehr mit einer zusätzlichen Linie und nahezu 1000 Busfahrten pro Woche erachtet der Beirat eine Geschwindigkeitsbegrenzung auch oder trotz des ÖPNV für angezeigt. Gleichzeitig begrüßt der Beirat die Zusage von Senator Dr. Lohse zu einer erneuten Prüfung möglicher öffentlicher Zuschüsse zum Bau der Straße in der Deputationssitzung am 11.04.2013 (Seite 7 des Protokolls). Der Beirat schlägt vor, dafür Gelder aus dem investiven Teil der Mittel zu verwenden, die das Land Bremen aus dem Regionalisierungsgesetz erhält. Diese Verwendung erscheint dem Beirat gesetzeskonform, da die Busse, die die Turnerstraße befahren allesamt eine Zubringerfunktion für die Regio-S-Bahn Bremen erfüllen.“

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

## TOP 6: Projekt Kinderbauernhof in Blumenthal

### dazu: Vertreter des Fördervereins

Herr Wegner berichtet, die konkreten Überlegungen zur Errichtung eines Kinderbauernhofes resultieren aus der Tatsache, dass es in Blumenthal viele Brennpunkte und dadurch leidtragende Kinder, aber auch Leute mit Handicap gebe. Das Projekt sei der Versuch, einen positiven Beitrag zu leisten um deren Lebenssituation ein bisschen zu verbessern.

Anhand einer Power-Point-Präsentation (*Anlage*) erläutern Herr Wegner und Frau Dielenschneider die Motivation und die Ziele der Projektbetreiber.

Frau Dielenschneider macht dazu deutlich, dass auffallend war, dass viele Kinder nicht der Jahreszeit entsprechend gekleidet seien und sowohl sprachliche als auch Bewegungs- und Koordinierungsprobleme hätten. Man wolle mit dem Projekt Kinderbauernhof ein positives Umfeld schaffen, um die sozialen Probleme der Kinder anzugehen und möglichst zu verbessern.

Herr Wegner ergänzt, Ziel sei unter anderem, mit dem Kinderbauernhof eine Oase in den Brennpunkten der Umgebung zu schaffen. Es gebe bereits lohnenswerte Projekte dieser Art, die auch nachhaltige Erfolge verzeichnen.

Die Vertreter des Fördervereins haben den Wunsch, vom Beirat tatkräftige Unterstützung und Mitwirkung zu erhalten. Ein Grundstück sei bereits gefunden worden, für die Finanzierung sei geplant, EU-Fördermittel „anzuzapfen“, jedoch würden dafür noch fachkundige Leute gebraucht.

Frau Krohne interessiert, mit wie viel Kosten und Personal kalkuliert wird und ob alles über öffentliche Gelder finanziert wird. Weiter fragt sie, welche Bedeutung das Wort „christlich“ im Namen des Projekts habe.

Herr Wegner antwortet, die finanzielle Größenordnung des Projekts im Einzelnen belaufe sich auf einen sechsstelligen Betrag. Die Finanzierung solle nicht nur durch öffentliche Mittel, sondern auch durch z. B. Patenschaften für bestimmte Projekte und für praktische Arbeiten erfolgen.

„Christlich“ im Namen bedeute, dass Werte vermittelt werden sollen, die sich über 3000 Jahre bewährt haben. Es gehe hier um Information, es stünde nicht eine Missionierung im Vordergrund. Die Teilnehmer des Arbeitskreises seien aus unterschiedlichen kirchlichen und außerkirchlichen Gemeinschaften zusammengesetzt.

Herr Schwarz findet das Projekt interessant, glaubt aber, dass die Finanzierung schwierig sei. Es sei eine gute Idee, Sponsoren zu werben. Er möchte wissen, wie denn das Personal bezahlt werde, da wohl reichlich Lohnkosten entstehen würden und fragt, ob dazu schon Kontakt mit verschiedenen christlichen Konfessionen wegen Teilunterstützungen aufgenommen wurde. Weiter regt er an, die senatorischen Dienststellen aufzufordern, Möglichkeiten zur Projektförderung aufzuzeigen.

Herr Wegner meint, bezüglich der personellen Seite habe Herr Schwarz teilweise Recht.

Man sei bemüht, mit ehrenamtlichen Kräften auszukommen, es werde aber gegebenenfalls eine hauptamtliche Kraft zur Betreuung von Tieren nötig sein.

Man stehe am Anfang und brauche jede Unterstützung, die gegeben werden kann.

Zum Thema berichtet Herr Walter Wilkens (Beiratsmitglied Beirat Osterholz) von seinen Erfahrungen, die er in vielen Jahren bei dem Osterholzer Kinderbauernhof gesammelt hat.

So habe das Projekt eine Aufwertung des Quartiers und beschäftigungswirkende Maßnahmen zur Folge gehabt. Personal müsse jedoch dauerhaft vor Ort sein.

Zur Aufrechterhaltung des Betriebes informiert er darüber, dass die Finanzierung u. a. nach Anpassungsgesetz erfolgt sei. Dabei sei eine Trägerschaft notwendig, gut seien auch Kooperationen mit dem Amt für soziale Dienste, dem Mütterzentrum o. ä..

## **TOP 7: Sachstandsbericht Projekt George-Albrecht-Straße**

**dazu: Wilfried Woijske, Senatorin für Soziales**

Herr Woijske berichtet aus der Arbeitsgruppe und von dem Beschluss der Bürgerschaft, dass sowohl ein Quartiersmanager als auch ein Quartierstreffpunkt eingerichtet werden sollen. Im Rahmen einer Power-Point-Präsentation (*Anlage*) stellt er die Bestandsanalyse und deren Schlussfolgerungen der Datenerhebung zur räumlichen Bestandsaufnahme der George-Albrecht-Straße und umzu der Firma Proloco vor (eine erweiterte Fassung soll später zur Verfügung gestellt werden).

Frau Krohne meint, die Analyse ergebe nicht viel Neues und zeigt sich erstaunt über die Angaben zu den Leerständen. Sie habe durchaus einige Häuser mit anderer Nutzung erkannt.

Bezüglich der vorgestellten Ziele irritiert sie, dass nicht aus anderen Städten, die bereits Erfolge erzielt haben, gelernt werde. Als Beispiel nennt sie die Ansiedelung in kleineren Gruppen, die hier überhaupt nicht in Betracht gezogen werde.

Herr Schwarz bedankt sich für die ausführlichen Informationen und ist froh über die Aufmerksamkeit, die dem Thema gewidmet wird. Er fragt, aus welchen Bereichen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Weiter möchte er wissen, wenn denn die Stellenausschreibung für einen Quartiersmanager schon laufe, wo dessen Büro sein soll. Herr Woijske antwortet, dass man einige Vorschläge für den Sitz des Quartierstreffpunktes bekommen habe, die Objekte bisher aber leider zu groß seien. Inzwischen wurde Immobilien Bremen mit der Suche beauftragt. Das Problem beim Standort sei, dass weder die George-Albrecht-Straße noch die Mühlenstraße geeignet seien. Gegebenenfalls komme die Kapitän-Dallmann-Straße oder der Marktplatz in Betracht. Ein neutrales Gebiet sei nötig, um alle Menschen zu erreichen.

Zur Finanzierung meint er, es würden bereits verschiedene Sachen laufen. Als Beispiel nennt er für das Bildungsressort das Projekt „Lernen vor Ort“, die Kitas und verschiedene, miteinander verflochtene Initiativen. Das Sozialressort beteilige sich ebenfalls, jedoch sei dort eine Konkretisierung nötig. Außerdem sei ein „Projekt Arbeit“ über das Jobcenter initiiert worden.

Viel sei von der weiteren Entwicklung abhängig, viel sei jetzt erst im Beginn. Kinder stünden im Fokus aller Anregungen.

Ein Problem sei die Umsetzung vor Ort dessen, was in den Zentralressorts ausgedacht und geplant werde.

Herr Schwarz fragt nach dem Zeitablauf bzw. dem zeitlichen Rahmen bis wann was in Angriff genommen werden solle.

Herr Wegner erwidert, die ersten Maßnahmen seien bereits abgeleitet aus der Datenanalyse, es gebe zwar keine Zeitplanung, aber eine sehr konstruktive Zusammenarbeit der Ressorts.

Herr Nowack ergänzt, die Handlungsphase folge. Bei den Lösungsansätzen werde man auch auf die Erfahrungen anderer schauen. Dies werde bei den nächsten Schritten erfolgen.

Zu Frau Krohnes Anmerkungen erläutert Herr Woijske, eine Ansiedelung in kleineren Gruppen in anderen Städten betreffe die Zuwanderung der Menschen aus Bulgarien und Rumänien. Diese wären jedoch nicht bei uns, hier habe man es mit anderen, bereits lange hier lebenden Menschen zu tun. Ein anderes Problem sei, dass die Zuzüge von Flüchtlingen aus Syrien stark angestiegen seien, dadurch sei der Wohnraum deutlich verringert. Die angesprochenen Leerstände wurden nach Augenschein ermittelt.

Frau Kröger-Schurr meint, man müsse nicht auf andere Städte gucken; am Lüssumer Ring und an der Lüssumer Heide habe es auch ehemalige Brennpunkte gegeben. Die dort umgesetzten Initiativen könnten ebenfalls als Anregungen gelten.

Sie verweist auf das Problem des Schimmelbefalls in einigen Wohnungen privater Wohnungsbaugesellschaften und möchte wissen, wie dagegen vorgegangen werden soll. Herr Woijske meint, dass Problem sei bekannt. Es wären drei bis vier Verwaltungsgesellschaften betroffen, zu denen Kontakte bestehen würden. Man bemühe sich um Verbesserungen, leider gebe es aber wenig Interesse seitens der Vermieter. Ein zentrales Problem sei, dort überhaupt ins Gespräch zu kommen. Bezüglich des Nahblicks erklärt er, dass auch Frau Binne in die laufenden Planungen einbezogen sei.

#### **TOP 8: Anfragen und Anträge der Parteien**

- a. Grüne – Antrag Bilanz Bürgerstiftung Blumenthal
- b. Grüne – Anfrage Erreichbarkeit Ortsamt
- c. Die Linke - Anfrage zum Grundstücksverkauf Tanklager Farge
- d. CDU - Antrag Tanklager technisches Gutachten erstellen
- e. CDU - Antrag Tanklager
- f. CDU - Antrag Tanklagerverkauf
- g. Die Linke – Antrag zur Müllgebührenerhöhung
- h. Die Linke – Antrag zum Wegfall der Schulsozialarbeit
- i. Grüne – Antrag Sondersitzung
- j. Grüne – Antrag Tanklager
- k. Grüne – Antrag Bebauung Binnendüne
- l. Die Linke – Antrag Krebsregister
- m. Die Linke – Anfrage Krebsregister
- n. Grüne – Tempo 30 Turnerstraße und Lärmreduzierung

a.

Es liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor, den Herr Schupp dahingehend erläutert, dass der Förderverein nicht dem Beirat angehöre und es diesem von daher nicht zustehe, die Gelder des Vereins zu verteilen.

Frau Kröger-Schurr erklärt, der vorliegende Antrag sei keine Vorgabe und kein Beschluss zur Entscheidung.

Frau Stitz meint, die Vorschläge passten nicht in den Antrag, man solle diese unabhängig vom Antrag machen.

Herr Schwarz beantragt die Abstimmung und erklärt, die CDU-Fraktion würde den Änderungsantrag befürworten.

Da der Änderungsantrag der weitest gehende Antrag ist, lässt Herr Nowack über diesen abstimmen.

Ergebnis:

Der Änderungsantrag wird mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung angenommen.

b.

Es liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor.

Frau Kröger-Schurr möchte die Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen um einen achten Punkt „Inwieweit hat der Ortsamtsleiter Zugriff auf die E-Mail-Postfächer seiner Mitarbeiterinnen?“ ergänzt haben und erklärt, es gehöre zum guten Ton, zunächst eine Anfrage zu stellen.

Frau Stitz meint, die Anfrage könne bestehen bleiben und der Änderungsantrag der SPD Fraktion als eigenständiger Antrag behandelt werden.

Herr Nowack wirft ein, dass in dem Fall zunächst über die Dringlichkeit abgestimmt werden müsse und erläutert, dass die Personalsituation in Verantwortung der Senatorin für Finanzen liege, die Senatskanzlei sei die koordinierende Stelle für die Ortsämter.

Herr Schwarz meint, dies spreche für sich und findet die Anfrage komplett überflüssig. Er bittet um Abstimmung.



Frau Kröger-Schurr erläutert, die Anfrage beziehe sich auf die Vertretung des Ortsamtes, wenn dieses über mehrere Wochen nicht besetzt sei.

Frau Krohne meint, eine Anfrage sei nicht schädlich, möglicherweise könnten solche Situationen damit zukünftig verhindert werden.

Frau Stitz meint, die Klärung der Vertretungsfrage sei ein wichtiges Thema.

Herr Nowack ergänzt, dafür wäre es hilfreich, den Änderungsantrag mit aufzunehmen.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag, der mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltung angenommen wird.

c.

Frau Stitz erklärt, die SPD-Fraktion lehne die Anfrage ab, weil nicht gewollt sei, dass Bremen sich die Aufgabe „ans Bein bindet“, der Bund solle die Kosten übernehmen.

Frau Krohne erwidert, es handele sich lediglich um eine Anfrage zur Feststellung, ob es dieses Vorkaufsrecht gibt. Der letzte Satz sei diskutierbar.

In der folgenden Abstimmung wird die Anfrage mit 4 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

d.

Herr Schwarz erläutert den Antrag und meint, jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, diesen zu stellen.

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag einstimmig angenommen.

e.

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag einstimmig angenommen.

f.

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag einstimmig angenommen.

g.

Herr Schupp erklärt, die SPD-Fraktion beantrage die Nichtbefassung des vorliegenden Antrags, da das Thema derzeit nahezu wortgleich in der Bürgerschaft beraten werde und zudem in die Hoheitsaufgaben der Bürgerschaft fallen würde.

Herr Schwarz unterstützt den SPD-Antrag und zeigt sich irritiert über den letzten Absatz, da auch Arbeitsplätze auf dem Spiel ständen.

Frau Krohne macht deutlich, das Thema sei sehr wohl Angelegenheit des Blumenthaler Beirats, da auch Blumenthaler Bürger betroffen seien. Wenn diese sich aufregten, könne der Beirat durchaus Anregungen geben. Für die Arbeitsplätze sei es egal, ob diese private oder öffentliche seien.

Frau Kröger-Schurr unterstützt den Antrag und meint, zu dem Thema könne sehr wohl in der Bürgerschaft angefragt werden.

Nach kurzer weiterer Diskussion erläutert Herr Nowack, der Beirat sei die Vertretung der Bürger zu Themen, die im Ortsgesetz verankert seien. Es sei natürlich möglich, sich zu anderen Themen zu äußern, aber eigentlich nicht Aufgabe des Beirats.

In der folgenden Abstimmung wird der Antrag mit 2 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

h.

Es liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor, den Frau Klinkmüller kurz erläutert.

Herr Schwarz kann sich dem Änderungsantrag zum großen Teil anschließen, würde aber den ersten Satz umformulieren.

Frau Krohne möchte den ersten Satz wie vorliegend bestehen lassen, man könne aber einfügen, dass Verträge auslaufen, weil die Bundesregierung die Förderung streiche. Sie erklärt, laut kleiner Anfrage stehe fest, dass sechs Schulen geschlossen werden,

Herr Nowack meint, wenn dem so sei und dies schon beschlossen sei, wäre die Anfrage überflüssig und schlägt vor, den ersten Satz des Änderungsantrages dahingehend umzuformulieren, dass die Worte „die Bundesregierung“ gestrichen werden.

In der folgenden Abstimmung wird der Änderungsantrag einstimmig angenommen.

j. (*vorgezogen*)

Frau Kröger-Schurr erklärt, die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen habe Sorge, dass der angedachte Termin wieder kippt.

Herr Nowack erklärt, mit Frau Pörtner wurde eine Vereinbarung zu einem Gespräch als „Besprechung“ getroffen.

Herr Schwarz ergänzt, es wurde bereits alles dazu gesagt, die Besprechung solle – wie schon in der letzten Sitzung erläutert - ein Gedankenaustausch sein und beantragt die Abstimmung.

Frau Kröger-Schurr zieht den Antrag zurück.

i.

Herr Schwarz beantragt gemäß Geschäftsordnung, alle Anträge in Richtung Krebsregister auszusetzen, da diese mit der geplanten Beiratssitzung am 19.06.2013 erledigt werden.

Frau Krohne spricht dagegen.

Über den Geschäftsordnungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

Die Anträge i., l. und m. werden somit nicht mehr behandelt.

k.

Herr Schupp erklärt, die SPD-Fraktion lehne den Antrag ab, da es egal sei, wie die Finanzsenatorin zu dem Thema stehe. Zuständig sei Herr Lohse als Bausenator, von daher sei maßgeblich, dass dieser im Oktober 2012 zu dem Thema erklärt habe, dass die Bebauung eines schmalen Randstreifens möglich sei.

Herr Schwarz meint, es sei alles dazu gesagt, eine Begehung habe stattgefunden. Eine Entscheidung könne neu getroffen werden, wenn evtl. einmal ein Bauantrag gestellt werde. Er bittet um Abstimmung.

In der folgenden Abstimmung wird der Antrag mit 2 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

n.

Der vorliegende Antrag ist mit dem bereits behandelten Bürgerantrag erledigt.

## **TOP 9: Verschiedenes**

### **13.06.2013 15:00 Uhr: Einweihung des öffentlichen Kräutergarten am Lämmerweg**

13.06.2013 19.00 Uhr: Besprechung zwischen Beirat und Bürgerinitiative „Tanklager“ im Sitzungssaal des Blumenthaler Rathauses

19.06.2013 10:00 Uhr: Personalversammlung der Ortsämter im OA Schwachhausen/Vahr. Das Ortsamt Blumenthal bleibt daher bis zum frühen Nachmittag geschlossen.

19.06.2013 19.00 Uhr: öffentliche Beiratssitzung im Gemeindezentrum Neuenkirchener Weg mit dem Thema „Kleinräumige Analyse zur Krebsinzidenz“

25.06.2013 19.00 Uhr: Einwohnerversammlung im Gemeindezentrum der ev. ref. Kirche an der Landrat-Christians-Straße. Themen: B-Plan 1288 und VEP 56

12.08.2013 19.00 Uhr: öffentliche Beiratssitzung im SZ Eggestedter Straße mit dem Kernthema Tanklager Farge

22.06.2013 ab 10:00 Uhr: Farger Ferientag an der Farger Straße

22.06. und 23.06.2013 Blumenthaler Hafenfest

06.07. bis 08.07.2013 Blumenthaler Schützenfest auf dem Schillerplatz

12.07. bis 15.07.2013 Farger Schützenfest auf dem Schützenplatz Betonstraße

27.06. bis 07.08.2013 Ferienprogramm des Kreissportbundes e.V.

Herr Nowack schließt die Sitzung um 21.54 Uhr.

\_\_\_\_\_  
Ortsamtsleiter

\_\_\_\_\_  
Beirat

\_\_\_\_\_  
Protokoll